

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt kostenlos / Alle Postanfragen nehmen Bestellungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verständigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgepaltene Perizeile 35 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 9. Februar

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes — Versammlung der Vorstände der Kreisverbände (Schluß) — Die deutsche Rohstoffversorgung im Krieg — Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes über die Lage des Arbeitsmarktes im November 1917 — Wie spart man elektr. Arbeit und damit Kohlen? — Staatl. Lebensmittelversorgung — Kurze Mitteilungen — Bücherchau



Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre

Musikier Friedr. Bräberle, Sohn des Mitgliedes Dachdeckermeister Frh. Bräberle, Oberursel im Taunus.
Ehre seinem Andenken!

Mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse wurden ausgezeichnet:

Leutnant d. R. und Adjutant Zeichenlehrer R. Richter, Sohn des Vorsitzenden des Lokalvereins Dillenburg und Mitglieds des Zentralvorstandes Buchbindermeister Joh. Richter.
Gefreiter Julius Kern, Inhaber des Eis. Kreuzes 2. Kl., Sohn des Mitgliedes Schreinermeister J. Kern, Wiesbaden.

Das Eiserne Kreuz II. Klasse erhielten:

Sig. Feldwebel Hermann Gondlach, Sohn des Mitgliedes Lehrer Heinrich Gondlach, Hedderheim.
Jean Jungelinger, Sohn des Mitgliedes Gustav Jungelinger, Hedderheim.
Füsilier Willy Bof, Sohn des Mitgliedes Schuhmachermeister Julius Bof, Wiesbaden.
Musikier Louis Müller, Sohn des Mitgliedes Gustav Müller, Bad Ems.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Herren Leiter der gewerblichen Fortbildungsschulen.

Am Schlusse des laufenden und zu Beginn des neuen Schuljahres werden Jahres- und Entlassungszeugnisse, Diplome, Schülerlisten, Lehrberichte und sonstige Vordrucke für die Schulen benötigt. Da der immer größer werdende Mangel an Packmaterial eine Einschränkung des Verbandes unbedingt notwendig macht, ersuchen wir die Leiter der gewerblichen Fortbildungsschulen, ihren Bedarf an Vordrucken festzustellen und hierher mitzuteilen, damit die Zusendung von hier aus auf einmal erfolgen kann.

Wiesbaden, den 28. Januar 1918.

Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau.

An die Vorstände der Lokalgewerbevereine! Betr. die Lehrstellenvermittlung.

In unserer Bekanntmachung vom 15. Januar (in der Nr. 2 des „Nass. Gewerbeblattes“) hatten wir den Vorständen empfohlen, zur Förderung des Lehrlingswesens der durch die öffentlichen Arbeitsnachweissestellen betriebenen Lehrstellenvermittlung ihre weitgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen. Das kann u. a. durch die Verteilung von Anmeldekarten an die Lehrlinge suchenden Handwerksmeister geschehen. Im vorigen Winter hatten wir den Vorständen zu diesem Zwecke 1500 vom hiesigen Arbeitsamt ausgegebene Anmeldekarten zugesandt. Davon ist nur ein geringer Teil gebraucht worden, sodass noch ein ausreichender Vorrat bei den Vorständen vorhanden sein muß. Wir ersuchen, in den Tageszeitungen, bei Versammlungen und sonst geeigneter Gelegenheit die Handwerker, welche Lehrlinge suchen, darauf aufmerksam zu machen, daß Anmeldekarten bei dem Vorsitzenden des Gewerbevereins zu haben sind. Wenn der Vorrat nicht ausreicht, dann können weitere Karten von uns bezogen werden. Die von den Lehrherren ausgefüllten Karten sind unmittelbar an das hiesige Arbeitsamt, Dohheimerstraße Nr. 1, zu senden.

Auf Veranlassung des Arbeitsamtes werden durch Vermittelung der Schulen auch an die zu Ostern aus der Volksschule zur Entlassung kommenden Schüler, welche Lehrstellen suchen, Anmeldekarten ausgegeben, von diesen ausgefüllt und an das Arbeitsamt eingeschickt. Dadurch ist das Arbeitsamt in der Lage, Lehrlinge für die verschiedensten Berufe nachzuweisen. Die Vermittelung geschieht völlig kostenlos.

Neben dem hiesigen Arbeitsamt befassen sich mit der Lehrstellenvermittlung auch der Mitteldeutsche Arbeitsnachweis in Frankfurt a. M. sowie die Kreis- und örtlichen Arbeitsnachweissestellen. Dort können ebenfalls offene Lehrstellen angemeldet werden.

Wiesbaden, den 29. Januar 1918.

Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau.

Betr. Gemeinnützige Rechtsauskunft und Kriegsfürsorge.

(Zur Beachtung für die Geschäftsstellen der Kreisverbände.)

Am 12. und 13. Januar 1918 fand im Rathaus zu Frankfurt a. M. eine Zusammenkunft der gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen im Bereiche des 18. Armeekorps statt, die sich mit der Beratung der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten durch die gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen beschäftigte. Nach eingehender Aussprache über die vorausgegangenen Vorträge über dieses Gebiet einigte man sich dahin, daß die gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen gleichsam als zweite Stellen der Kriegs-

fürsorge gelten und erst dann eingreifen sollen, wenn der Fürsorgebedürftige anscheinend nicht zu seinem Recht gekommen ist. Damit die gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen in jedem einzelnen Falle die bisherige Tätigkeit der Fürsorgestelle unbefangenen beurteilen können, muß ihnen aber Gelegenheit zur Einsicht in die Fürsorgeakten gewährt werden. Es wurde beschlossen, eine entsprechende Eingabe an die zuständigen Ministerien zu machen.

Im Anschluß an die Beratungen erfolgte die Gründung einer Provinzialvereinigung der in der Provinz Hessen-Nassau, dem Großherzogtum Hessen und in benachbarten Gebieten bestehenden gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen des Süddecker Verbandes. Die anwesenden Vertreter dieser Stellen schlossen sich der Vereinigung an. Alles nähere soll in einer im Mai in Frankfurt a. M. stattfindenden Konferenz beschlossen werden.

Die Verhandlungen der Frankfurter Versammlung sind für die Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe deshalb von Interesse, weil da, wo keine gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen bestehen, die Beratung der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten durch die Geschäftsstellen der Kreisverbände erfolgen soll. Als Wegweiser für die Beratung hat der Verband der gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen in Lübeck, dem auch der Gewerbeverein für Nassau als Mitglied angehört, Merkblätter herausgegeben, insbesondere über „Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern“, „Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung“ und „Militärrente und die Renten aus der sozialpolitischen Gesetzgebung.“ Diese Merkblätter werden den Kreisverbänden demnächst zugehen und wir empfehlen sie den Geschäftsstellen der Kreisverbände zur eingehenden Beachtung.

Wiesbaden, den 5. Februar 1918.

Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau.

Versammlung der Vorstände der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe

in Limburg a. d. L. am 14. Januar 1918.

(Schluß.)

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Errichtung gewerblicher Beratungs- und Auskunftstellen übergehend, verbreitete sich Herr Gewerbeschulinspektor Kern unter Zusammenfassung der heutigen Berichte und Mitteilungen nochmals kurz über die Aufgaben der Kreisverbände, dem Handwerk und Gewerbe in all seinen Nöten eine wirksame Hilfe zu leisten.

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand in allen Angelegenheiten des handwerks und Gewerbes. Benützung für Jedermann.

Diese Aufgaben seien so umfangreich und vielseitig, daß zu ihrer Erledigung und Leistung der praktischen Arbeit, die Beratungs- und Auskunftstellen nicht zu entbehren wären. Nun dürfe man allerdings die Beratungsstellen nicht etwa als selbständige Organe neben den Kreisverbänden betrachten, sondern diese Stellen seien eben die ausführenden Organe der Kreisverbände. Praktisch würde sich die Sache so gestalten, daß die Geschäftsstellen der Kreisverbände zugleich die Beratungs- und Auskunftstellen darstellten. Um dies klar zum Ausdruck zu bringen, sei auch in dem neuen Entwurf zum Arbeitsplan nur von Geschäftsstellen der Kreisverbände die Rede. Diese Geschäftsstellen sind aber bei jedem Kreisverband einzurichten und für die Leitung der Stelle eine besondere Persönlichkeit zu gewinnen, wenn eine praktische Arbeit geleistet und die Einrichtung nicht nur auf dem Papier stehen soll. Herr Kern besprach sodann die Einrichtung und den Ausbau der Geschäftsstellen, welche den jeweiligen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen seien und nur dann segensreich zu wirken vermöchten, wenn der Geschäftsführer mit Eifer und Verständnis sein Amt verwalte und das Vertrauen sowohl der Behörden als auch der Handwerker und Gewerbetreibenden genieße. Von besonderer Wichtigkeit für das Gedeihen und den Erfolg der ganzen Einrichtung sei deshalb die Berufung der geeigneten Persönlichkeit für den Posten des Geschäftsführers. Weiterhin wäre es von wesentlichem Einfluß auf die Benützung der Geschäftsstellen, daß Zweck, Einrichtung und Aufgaben derselben bekannt gemacht würden durch Anzeigen im Gewerbeblatt, in den Tageszeitungen, durch Schilder, Plakate, die in Bahnhöfen, Wirtschaften und sonstigen öffentlichen Stellen anzubringen wären. Die Geschäftsstellen müßten immer wieder an die Öffentlichkeit gehen, um die Handwerker und Gewerbetreibenden zu ihrer Inanspruchnahme anzuregen. Was im einzelnen die Aufgaben der Geschäftsstellen, die Berufung und Dienstobliegenheiten des Geschäftsführers anlangt, so könne hier auf den den Kreisverbänden zur Begutachtung zugegangenen

Entwurf eines Arbeitsplanes

verwiesen werden. Diesen Entwurf habe der engere Vorstand einer nochmaligen Bearbeitung unterzogen und in mancher Beziehung ergänzt und erweitert. Neue Aufgaben seien darin aufgenommen worden, wie namentlich die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für Handwerk und Gewerbe. Dieser für die Zukunft des Handwerks so überaus wichtigen Frage müßten die Kreisverbände ihre ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge zuzuwenden. Den Entwurf des Arbeitsplanes heute im einzelnen durchzuberaten würde zu weit führen. Uebrigens sei der Arbeitsplan im wesentlichen nur als eine Richtlinie gedacht und solle einstweilen den Kreisverbänden und dem Geschäftsführern als Unterlage für ihre Tätigkeit dienen. Der abgeänderte Entwurf würde den Kreisverbänden demnächst zugehen. Es bedürfe dieser Entwurf zunächst weder einer Durchberatung noch einer endgültigen Festlegung durch die Kreisverbände, dies könne der Zukunft vorbehalten bleiben. Praktische Arbeit zu leisten sei jetzt die Hauptsache.

Die Ausführungen des Herrn Gewerbebeschulinspektors Kern über die Notwendigkeit der Einrichtung von Geschäftsstellen durch alle Kreisverbände konnte der Geschäftsführer des Kreisverbandes Limburg, Herr Gewerbebeschulinsp. Dücker, nach seinen Erfahrungen in vollem Umfange zustimmen. Diese Geschäftsstellen sollten für den Handwerker und Gewerbetreibenden das sein, was die Arbeitersekretariate für den Arbeiter geworden seien, eine Stelle, die dem Handwerker und Gewerbetreibenden in allen Fragen und Nöten, die ihn bedrücken, Rat und Hilfe gewährt. Dazu sei es aber notwendig, daß die Einrichtung und Aufgaben der Geschäftsstellen in ausreichendem Maße und von Zeit zu Zeit wiederkehrend bekannt gemacht würden, damit der Handwerker wisse, wohin er sich zu wenden habe.

Von dem Geschäftsführer des Kreisverbandes für den Distrikt, Herrn Kreisbaumeister Röber, wurde die Frage angeschnitten, ob diejenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die keiner der dem Kreisverband angeschlossenen Vereinigungen angehörten, die Geschäftsstelle ebenso wie die Mitglieder unentgeltlich benutzen könnten und wie es mit der Erhebung der Beiträge von den unter den Fahnen stehenden Mitgliedern zu halten wäre.

Darauf gab Herr Gewerbebeschulinsp. Kern der Auffassung des Zentralvorstandes dahin Ausdruck, daß die Tätigkeit der Kreisverbände in erster Linie wohl den Mitgliedern der angeschlossenen Vereinigungen zugute kommen sollte. Allein die Nichtmitglieder könnten von der Benützung der Einrichtung nicht ausgeschlossen werden, schon aus dem Grunde nicht, weil die Kosten für die Kreisverbände voraussichtlich in erheblichem Maße aus öffentlichen Mitteln bestritten würden und die ganze Veranstaltung öffentlichen Charakter tragen muß. Dagegen erhebe es nicht ungerechtfertigt, von den Nichtmitgliedern für die Inanspruchnahme der Geschäftsstelle des Kreisverbandes eine der Zeitaufwendung entsprechende Gebühr zu erheben. Im allgemeinen müsse aber das Bestreben der Kreisverbände dahin gehen, die noch außen stehenden Handwerker und Gewerbetreibenden zum Anschluß an den Gewerbeverein oder an eine Innung pp. zu gewinnen, um auch auf diesem Wege die weitere Ausbreitung der handwerklichen und gewerblichen Organisation zu fördern. Handwerker und Gewerbetreibende in Orten, wo Vereinigungen nicht gebildet werden können, haben Gelegenheit, einem benachbarten Gewerbeverein beizutreten.

Die Frage, ob von den kriegspflichtigen Mitgliedern Beiträge erhoben werden sollten oder nicht, sei in erster Linie örtlich zu regeln durch Beschlußfassung der zuständigen Organisationen. Der Gewerbeverein habe die unter den Fahnen stehenden Mitglieder in der Regel von der Beitragszahlung befreit, soweit nicht die Zahlung freiwillig weiter erfolgte.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes für den Kreis St. Goarshausen, Herr Buchdruckereibesitzer E. D. Schiel, Oberlahnstein, erachtete es als eine Ehrenpflicht der noch abseits stehenden Handwerker und Gewerbetreibenden, wenn sie der die durch die Kreisverbände gebotenen Vorteile teilhaftig werden wollten, sich dem Gewerbeverein oder einer anderen Organisation anzuschließen und auch Mitglied zu bleiben. Es sei eine betrübende Erscheinung, daß so viele Handwerker nur so lange Mitglied des Gewerbevereins seien, als ihre Lehrlinge die Fortbildungsschule besuchten, um in dieser Zeit die Vergünstigung bezüglich des Schulbeitrages zu genießen. Sobald dieser Vorteil mit der Entlassung des Lehrlings aus der Fortbildungsschule in Wegfall komme, erfolge auch wieder der Austritt aus dem Verein.

Herr Sekretär Ehrhardt, Wiesbaden bemerkte, daß man diese Beobachtung wohl in den meisten Gewerbevereinen gemacht habe. Man dürfe aber die Hoffnung hegen, daß diese bedauerliche Mitgliederflucht abnehmen werde, sobald der Handwerker durch die Tätigkeit der Kreisverbände davon überzeugt würde, daß hier seine gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen in wirkungsvoller Weise vertreten werden. Ob dies erreicht würde, sei im wesentlichen abhängig von der Persönlichkeit des Geschäftsführers. Mit ihm sehe und falle die ganze Einrichtung. Es sei deshalb, wie schon erwähnt, nicht allein notwendig, bei der Wahl des Geschäftsführers mit besonderer Vorsicht vorzugehen, man müsse dem Geschäftsführer auch die nötige Bewegungsfreiheit lassen, um sich auf den verschiedensten Gebieten betätigen zu können und seiner Stellung eine gewisse Selbständigkeit geben.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes für den Unterwesterwaldkreis, Herr Werkmeister F. E. Klenz in, Grenzhausen, konnte berichten, daß bei seinem heimathlichen Gewerbeverein von einer Mitgliederflucht aus den von Herrn Schiel geschilderten Gründen nichts mehr zu

bemerkten sei und zwar deshalb nicht, weil der Kern Gewerbeverein neben der Fürsorge für die Fortbildungsschule sich auch der Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder widere Erfolg angenommen habe. Er hege nach dem und bis jetzt gemachten Erfahrungen die Ueberzeugung, daß sich die Kreisverbände mit der Einrichtung entwickeln und dann nicht nur die Anerkennung der Handwerker und Gewerbetreibenden, sondern auch die Unterstützung der öffentlichen Behörden finden würden.

Bei der hierauf folgenden Erörterung der Frage über die Aufbringung der Kosten für die Kreisverbände, kam allgemein die Meinung zum Ausdruck, daß die Kostendeckung keine besonderen Schwierigkeiten bieten dürfte. Die Kosten müssen gedeckt werden durch die Beiträge der angeschlossenen Vereinigungen, Innungen und Genossenschaften nach Maßgabe der Mitgliederzahl, durch Gebühren wofür ein Gebührentarif aufzustellen ist und durch Zuschüsse des Kreises und der Gemeinden. Die Wiederaufrichtung des durch den Krieg und seine Folgen so außerordentlich schwer geschädigten gewerblichen Mittelstandes sei eine Staatsnotwendigkeit, und so dürfe man mit gutem Recht auf eine weitgehende Unterstützung aller hierauf gerichteten Bestrebungen durch den Staat und die Kommunen hoffen. In diesem Sinne sprach sich besonders der stellvertretende Landrat, Herr Regierungs-Assessor von Borde aus. Der Kreisrat für den Kreis Limburg habe bereits im letzten Haushaltsplan einen Zuschuß für den Kreisverband eingesetzt. Dieser Betrag würde allerdings eine angemessene Erhöhung erfahren müssen, sobald die Kreisverbände, nachdem jetzt die vorbereitenden Verhandlungen zur Schaffung der nötigen Einrichtungen zum Abschluß gekommen, ihre Tätigkeit ausgenommen und den Beweis geliefert hätten, daß sie praktische und fruchtbringende Arbeit für die Hebung des gewerblichen Mittelstandes leisten würden.

Inbezug auf die von Herrn Kledenstein angeregte Frage der Verschmelzung der Gewerbe- und Handwerkerblätter teilte Herr Gewerbebeschulinsp. Kern mit, daß schon seit längerer Zeit hierauf abzielende Bestrebungen im Gange seien, die aber bis jetzt noch kein praktisches Ergebnis gezeigt hätten. Die Angelegenheit wäre aber jetzt dringlich geworden, nachdem auch in der Frankfurter Handwerkerschaft die Frage der Schaffung eines Organs erörtert worden sei. Die Handwerkskammer sollte die Vereinigungs-Bestrebungen dadurch fördern, daß sie künftig nur ein Organ unterstütze, wobei das Raffaische Gewerbeblatt als das älteste und weitverbreiteste Organ in erster Linie in Betracht käme. Sodann betonte Herr Kern die Notwendigkeit, für die Geschäftsstellen der Kreisverbände besondere Geschäftsräume zu beschaffen, denn die Stelle müsse ein angemessenes Heim haben, um als öffentliche Beratungsstelle in Erscheinung zu treten. Die Vorstände sollten an die Gemeinden herantreten, daß für diesen Zweck im Rathaus oder in einem anderen öffentlichen Gebäude ein geeigneter Raum mit Heizung und Beleuchtung zur Verfügung gestellt würde. Die Bereitstellung eigener Geschäftsräume sei auch schon aus diesem Grunde erforderlich, weil es mit den Aufgaben der Kreisverbänden gehöre, in Verbindung mit der Gewerbeschule eine kleine gewerblich-technische Bibliothek mit Auslage von Fachzeitschriften einzurichten und zu unterhalten. Weiter machte Herr Kern noch darauf aufmerksam, daß vom Zentralvorstand in Wiesbaden für die verschiedensten Gebiete Sachverständigen-Kommissionen gebildet würden, die auch den Kreisverbänden zur Erstellung von Rat und Auskunft zur Verfügung ständen, besonders in solchen Fällen, wo geeignete Sachverständige an Ort und Stelle nicht zu haben seien. Er empfahl, von dieser Einrichtung weitgehenden Gebrauch zu machen.

Herr Lehrer Meurer, Höhr teilte mit, daß sich der Gewerbeverein zu Höhr schon seit zweien Jahren der Berufsberatung in der von Herrn

weil demern empfohlenen Weise mit Erfolg angenommen für dienen habe, besonders durch Veranstaltung von Vorträgen und Wettbewerben. Er sei bereit, in anderen Gewerben mit Wettbewerben Vorträge über die Berufswahl nach dem und Berufsberatung zu halten.

Zum Schluß wurde noch auf die Notwendigkeit des fachlichen Zusammenschlusses dieses Handwerks, namentlich der Bildung von Genossenschaften, als besondere Aufgabe der Kreisverbände hingewiesen. Hierbei machte der Vertreter der Handwerkskammer, Herr Tapeziermeister Kaltwasser, Wiesbaden, interessante Mitteilungen über die staatliche Rohstoffversorgung des Handwerks in der Übergangszeit sowie über die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute. Bei der Verteilung von Rohstoffen würde nur das sachlich und zwar tunlichst genossenschaftlich organisierte Handwerk berücksichtigt werden können, ebenso auch bei der Lieferung von Möbeln für Kriegsgetraute auf gemeinnützigem Wege. Es könne deshalb den Handwerkern nicht dringend genug geraten werden, einer bestehenden Genossenschaft beizutreten, oder sich zu neuen leistungsfähigen Genossenschaften zusammenzuschließen. Sonst bestehe die Gefahr, daß sie bei der Rohstoffverteilung verstoßen würden. Bezüglich der Beschaffung seien bereits die amtlichen Anordnungen zur rechtzeitigen Vollziehung ergangen.

Nach dreistündiger Verhandlung fand die anwesende Versammlung mit herzlichen Dankesworten des Vorsitzenden ihren Abschluß.

Die deutsche Rohstoffversorgung im Krieg.

Der Kriegsplan unserer Feinde war von Anfang an auf drei Voraussetzungen aufgebaut. Sie nahmen nach menschlicher Voraussicht an, daß es gelingen werde, die deutschen Armeen im Felde durch die gewaltige Lebermacht der Zahl zu vernichten, die deutsche Bevölkerung durch die Blockade zur See auszuhungern und schließlich die wirtschaftliche und militärische Widerstandskraft Deutschlands durch den infolge der Absperrung herbeigeführten Rohstoffmangel zu brechen. Das Genie der militärischen Führung, der Heldennut des deutschen Kriegers, die Opferwilligkeit und Geißelbarkeit der Zivilbevölkerung haben die Erwartung der Feinde grimmig enttäuscht, sie sind ihrem Ziele fernher denn je! Nun hoffen sie, durch einen ungeheuren Aufwand an Material, wie in den Flandernschlachten, den Sieg, der ihnen in weite Fernen entschwand, an sich zu reißen, indem sie annehmen, daß Deutschland, dem alle wichtigsten Rohstoffe abgeschnitten sind, diesem Kampf der technischen Rüstung nicht standhalten könne. Auch hoffen sie, daß unsere Industrie aus Mangel an Roh- und Betriebsstoffen die Bedürfnisse des Heeres und der Heimat über kurz und lang nicht mehr zu decken imstande sein werde. Aus dem englischen Munde haben wir schon allzuoft die Versicherung hören müssen, daß Deutschland trotz aller militärischer Erfolge an dem Mangel an Schmieröl oder an Salpeter oder an Kupfer zugrunde gehen müsse. Solche Prophezeiungen, die auch in manchen Kreisen bei uns daheim ihre Wirkung nicht verfehlen, sind jetzt eitel geworden und werden sich auch in allen Zukunft nicht erfüllen. Es hiesse von vornherein die Voraussicht und Organisationsgabe unserer Heeresverwaltung gering denken, wollte man daran zweifeln, daß alle die sehr bedeutsamen Sachfragen unserer Rohstoffversorgung aufs genaueste geprüft und einer den Umständen nach befriedigenden Lösung zugeführt sind. Eine gewaltige Organisation, in der Vertreter der Technik und Industrie mit militärischen Organen Hand in Hand arbeiten, ist seit Kriegsbeginn in der Kriegsrohstoff-Abteilung des

Kriegsministeriums geschaffen worden, die aus kleinen Anfängen entstanden, heute ein Riesenunternehmen darstellt, in dem über 1800 Personen in etwa 25 Sektionen beschäftigt sind. Dieser Kriegsrohstoff-Abteilung treten ergänzend zur Seite die zahlreichen Kriegsrohstoff-Gesellschaften, die, in der Form von Aktiengesellschaften und G. m. b. H. errichtet, jetzt technisch-geschäftliche Organe der Heeresverwaltung darstellen, um die im Lande vorhandenen oder aus den besetzten Gebieten hereinkommenden Rohstoffe zu verwalten, technisch auszunutzen und zu verwerten; die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft und die Kriegsleder-Aktiengesellschaft sind bekannte Beispiele solcher Rohstoff-Gesellschaften. Daneben stehen wieder die Zuweisungsämter, die aus Vertretern der Kriegsrohstoff-Abteilung und der militärischen und zivilen Beschaffungsämter gebildet werden und die Aufgabe haben, den einzelnen Industriewerken die jeweils nötige Menge an Rohstoffen zuzuweisen. Als weitere Organe unserer Rohstoffwirtschaft fungieren endlich die sogenannten Kriegsaussschüsse als beratende Behörde der Kriegsrohstoff-Abteilung.

So ist in großen Umrissen unsere Rohstoffwirtschaft im Kriege organisiert; ein gewaltiger Apparat, dessen Aufbau sich auf keinerlei frühere praktische Erfahrungen gründen konnte, der aber gut und sicher arbeitet und teils durch die Maßnahmen der Beschlagnahme in der Heimat, der rationellen Bewirtschaftung und der Requisition im Feindesland, teils durch Eröffnung neuer Rohstoffproduktionen, Vermittlung neuer Erfindungen, oder durch Ersatzstoffgewinnung das Gleichgewicht zwischen Rohstoffvorräten und Bedarf immer wieder glücklich herzustellen weiß.

Zunächst kommt die Möglichkeit in Frage, die eigene Produktion im Lande und eventuell in den besetzten Gebieten in gewissem Maße zu heben. Hier ist alles irgend Mögliche geschehen, z. B. sind viele alte Bergwerke und Gruben wieder in Betrieb genommen worden, und neue erschlossen. Hierdurch ist unsere inländische Erzeugung wesentlich erhöht worden. Zum andern verstand man, dem Mangel an gewissen Produkten durch gleichwertige Ersatzstoffe zu begegnen, eine Technik, in der Deutschland infolge seiner wissenschaftlichen Methoden eine gewaltige Höhe erreicht hat. Die Zahl der Erfindungen auf dem Gebiete der Ersatzstoffe ist Legion. Es sei hier nur an eine der bedeutendsten erinnert, die Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft, ohne die weder unsere Munitionserzeugung, noch unsere Landwirtschaft den erforderlichen Salpeterbedarf hätte decken können. Außer Neuproduktion und Ersatzstoffgewinnung kommt noch die Einfuhr aus den besetzten und verbündeten Ländern in Betracht, die zum Teil nicht unbedeutend ist. Die so gewonnenen Vorräte können mit noch durch geeignete Streckung besser ausgenutzt werden, eine Maßnahme, die vor allem auf dem Gebiete der Nahrungsmittel- und Textilindustrie sich aufs beste bewährt hat. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann doch soviel gesagt werden, daß trotz gelegentlicher Schwierigkeiten auf einzelnen Gebieten ein Mangel an den wichtigsten Rohstoffen durch die vorausschauende Vorsehung unserer Heeresverwaltung und ihrer vortrefflichen Organisationskraft nie in dem Maße eintreten wird, daß dadurch unser Wille zum Durchhalten und zum Siege erheblich beeinträchtigt werden dürfte. Darüber herrscht bei den Leitern unserer höchsten Stellen, wie erst kürzlich der Kriegsminister von Dellingraty in der bayerischen Kammer bekräftigt hat, nur eine Meinung. Wir können und werden auch in der Rohstoffversorgung durchhalten. Die letzte Hoffnung unserer Feinde wird, wie alle früheren, zuschanden werden an dem Geist der Ordnung, der Selbstsucht und der Vaterlandsliebe, der das deutsche Volk im Kampfe gegen die ganze Welt auf allen seinen Wegen erfüllt, mag es nun mit den Waffen oder mit dem wirtschaftlichen Mittelzeug auf der Wacht gegen den Feind stehen.

(Mitteilungen des Kriegsaussschusses.)

Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes über die Lage des Arbeitsmarktes im November 1917.

Der abgelaufene Monat wies gegen den Vormonat im allgemeinen einen Rückgang von Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkte auf. Da indessen die erhärtete in stärkerem Maße sank als das Angebot, das sich in einzelnen Berufsarten gleich blieb und in manchen Branchen sogar etwas erhöhte, so trat auf dem Arbeitsmarkte eine gewisse Entspannung ein.

Der genannte Rückgang trat in erster Linie in der Landwirtschaft hervor, die nur sehr geringe Anforderungen geltend machte und deren Bedarf im allgemeinen leicht gedeckt werden konnte. Nur stellenweise trat eine etwas lebhaftere Nachfrage nach Knechten hervor. Eine Umwanderung in andere Erwerbsarten wurde namentlich bei Gärtnern an verschiedenen Orten beobachtet.

Auch in der Metallindustrie ließ sich ein Rückgang der Nachfrage feststellen, die aber namentlich für gelernte Facharbeiter, das Angebot noch immer wesentlich übersteigt. Die Lohnabnahme für Jugendliche ist dagegen nur ganz gering, da die schon in den letzten Monaten herbeigeführte augenscheinliche Bevorzugung weiblicher Kräfte weitere Fortschritte gemacht hat.

Die Lage in der chemischen Industrie ist unverändert geblieben. In der Papierindustrie machte sich eine lebhaftere Nachfrage nach Buchbindern geltend. Die Lederindustrie, die einen sehr guten Beschäftigungsgrad aufzuweisen hat, hat mit fühlbarem Arbeitsmangel zu kämpfen. Lederarbeiter aller Art, namentlich Sattler und Polsterer, sind sehr gesucht.

Das Holzgewerbe und das Baugewerbe in dem sich die Witterungseinflüsse und das teilweise Stilllegen der privaten Bautätigkeit weiter bemerkbar machten, wiesen eine geringere Nachfrage als im Vormonat auf. Trotzdem waren Schreiner, Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter aller Art nicht in ausreichendem Maße zu beschaffen.

In den Nahrungsmitelgewerken erhöhte die Nachfrage nach Mäklern eine Erhöhung. Dagegen bestand an Bäckern infolge der Zusammenlegung der Betriebe ein Ueberangebot. Ebenso waren Metzger etwas reichlicher zur Verfügung, fanden indessen ohne Schwierigkeiten Verwendung.

Für Schneider war reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden. An Schuhmachern, namentlich handwerksmäßig ausgebildeten, besteht nach wie vor Mangel.

Im Gastwirtsgerwebe war trotz ruhiger Geschäftslage, die Nachfrage nach Hilfspersonal gut. Köche standen reichlich zur Verfügung. Küchenmädchen erhielten einigen Zugang aus Fabriken, Trambahnbetrieben und dergl. Der Bedarf an Kellnern konnte in zufriedenstellender Weise, teilweise unter Einschaltung weiblicher Kräfte, gedeckt werden.

Ungelehrte Arbeiter aller Art wurden in weit stärkerem Umfange benötigt als im Vormonat. Nur Packer und Musklauer waren schwerer unterzubringen. Die Nachfrage nach Maschinenisten und Heizern, Fabrikarbeitern und Fuhrleuten nahm stark zu.

Die lautmännlichen Berufe haben einen Zubrangs von Hilfsdienstpflichtigen aufzuweisen, deren Verwendbarkeit indessen nur gering ist. Dagegen machte die Nachfrage nach brandtunigen Angestellten weitere Fortschritte. Das beginnende Weihnachtsgeschäft bot insbesondere Brandtunigen Verkäuferinnen sehr gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Vermittlung gewerblicher Arbeiterinnen nahm gegen den Oktober merklich zu. Dienstboten standen infolge eines mäßigen Zugangs vom Lande reichlicher zu Gebote, reichten aber ebensoviele wie Frauen zur Deckung des Bedarfs aus. Näherinnen waren stärker vertreten und fanden trotz Verminderung der Zahl der offenen Stellen leicht Unterkommen. Auch für Fabrikarbeiterinnen war ausreichend Beschäftigung vorhanden.

Wie spart man elektrische Arbeit und damit Kohlen?

Im vaterländischen Interesse ist es notwendig, überall an elektrischer Arbeit und damit an Kohlen zu sparen. Dies muß insbesondere dadurch geschehen, daß jeder nur dringend notwendige Verbrauch unterbleibt. Soweit dies nicht möglich, beachte man das Nachstehende:

A. Kraftbetrieb.

1. Man vermeide jeden längeren Leerlauf von Motoren.

2. Wenn der Motor in Betrieb ist, so benutze man ihn möglichst voll, indem man die zu erledigenden Arbeiten ansammelt und richtig verteilt.

3. Man lasse Arbeitsmaschinen und Vorgelege nicht unnötig leer mitlaufen; gegebenenfalls lege man nichtgebrauchte Arbeitsmaschinen, Vorgelege, Transmissionen usw. durch Entfernung des Riemens usw. still.

4. Man vermeide verwickelte Verbindungen, nicht mehrfache Vorgelege, gekreuzte Riemen, lange Wellenstränge, Transmissionen, belaste man nicht mitten zwischen, sondern nahe bei der Lagern. Die richtigen (weder zu groÙen noch zu kleinen) Riemen-Spannung werde man bemerken.

5. Vorschaltwiderstände, die elektrisch Arbeit verzehren, verwende man nur in zwingenden Fällen.

6. Man benutze in der Zeit vom 15. Oktober bis Ende Februar Motoren nicht von 4 bis 1/2 8 Uhr nachmittags.

7. Lastenaufzüge sollen nur für Lasten über 30 Kilogramm benützt werden.

8. Personenaufzüge sollen nur selten und nur von kräftigen oder schwächlichen Personen benützt werden.

B. Beleuchtung.

1. Man schalte Lampen, die nicht mehr benötigt werden, sofort aus.

2. Man benutze nur die unbedingt notwendigen Lampen. Bei einer Beleuchtungskörper mit beispielsweise fünf Lampen schraube man drei aus, bei größeren Beleuchtungskörpern mit beispielsweise 20 Lampen schraube man mindestens zwölf, wenn möglich 15, aus.

3. Bei einzelnen Lampen benutze man nicht unnötig hoch Kerzenarten, vielmehr z. B. 40 Kerzen nur 32 oder 25, statt 25 Kerzen nur 16 oder 10.

4. Sofern noch Kohlelampe Verwendung finden, tausche man sie sofort gegen Metallfadlampen höchstens gleicher Kerzenstärke aus, da sie nur 1/2 der elektrischen Arbeit verbrauchen.

5. Die allgemeine Beleuchtung im Zimmer verringere man weitgehendst und beschränke sich auf die ausreichende Beleuchtung am Gebrauchsort.

6. Man bringe die Glühlampe unmittelbar nahe am Gebrauchsort an.

7. Durch richtige Anwendung von Reflektoren kann man die Beleuchtung an der Gebrauchsstelle verbessern, oft sogar bei geringerem Verbrauch an elektrischer Arbeit.

8. Man beseitige lichtverzehrende Schirme und Gehänge, soweit sie nicht etwa für den Schutz der Augen unentbehrlich sind.

9. Arbeiten, die bei natürlichem Licht gemacht werden können, verrichte man nicht bei künstlicher Beleuchtung.

Staatliche Leimversorgung.

Der Geschäftsführer der Ortsstelle Wiesbaden teilt uns mit, daß ihm auf seine Anfragen bei der Landesstelle wegen des Ausbleibens der Bezugsscheine für Leim der Bescheid wurde, daß die weitere Ausgabe derselben vom Kriegsausschuß vorerst untersagt ist, weil die Leimfabriken wegen Kohlenmangel augenblicklich stillliegen. Seitens des Kriegsausschusses und des Bundes der Bezugsvereinigungen sind jedoch Schritte getan, daß die Leimfabriken von Reichs wegen mit Kohlen beliefert werden, um den Betrieb wieder aufnehmen zu können.

Wir hoffen, daß hierdurch die Leimversorgung baldigst in zufriedenstellende Bahnen gelenkt wird.

Kurze Mitteilungen.

Deutscher Industrierrat.

Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden gesetzgeberischen Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Friedensarbeit wird der am 25. Oktober 1916 vom Centralverband deutscher Industrieller, dem Bund der Industriellen und dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands gegründete „Deutsche Industrierrat“ am Sonnabend, 16. Februar d. J., seine erste Vollversammlung abhalten und hiermit seine den Gesamtinteressen der deutschen Industrie gewidmete Tätigkeit aufnehmen. Der „Deutsche Industrierrat“, der in Fortsetzung der kriegswirtschaftlichen Tätigkeit des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zur gemeinschaftlichen Friedensarbeit berufen ist, besteht aus 64 führenden Persönlichkeiten der sachlich organisierten deutschen Industrie.

Neben Referaten über die Uebergangswirtschaft, Steuerpolitik und die industrielle Interessenvertretung wird in erster Linie die Bildung und Zusammenfassung eines „Preussischen Industrieaus-

schusses“ als Präsentationskörper für die Wahl zum Herrenhaus in Gemäßheit des § 11 des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Zusammenfassung des Herrenhauses zur Reichstagskammer.

„Grünes Kreuz“.

Eine Erwerbs-Organisation deutscher Kriegskameraden

ohne Unterschied des militärischen Ranges und ihrer Familienmitglieder ist unter dem Sammelnamen „Grünes Kreuz“ in Berlin ins Leben getreten. Sie will an dem Wiederaufbau durch den Krieg zugrunde gerichteter selbständiger Existenzen mithelfen und die verschiedensten Erwerbsgebiete sowie Bildungsmöglichkeiten berücksichtigen. Das Gesamtunternehmen soll in fünf Abteilungen gegliedert werden, welche Industrie, Handel, Landwirtschaft, Literatur und Kunst umfassen. Die erforderlichen Stützpunkte für alle Mitarbeiter werden durch Errichtung bundesstaatlicher Tochtergesellschaften und Zweigstellen an allen größeren Plätzen gebildet. Mit Kriegsfürsorge hat das „Grüne Kreuz“ nichts zu tun. Als weitere Einzelheiten enthält die von der Geschäftsstelle, Berlin-Wilmersdorf, Livländische Straße 11, kostenfrei erhältliche Denkschrift.

Ein Deutsches Erfindungsinstitut.

Eine gemeinnützige Organisation der Erfindertätigkeit in Deutschland ist das Ziel einer Gesellschaft, die in Gießen begründet wurde.

Auf Grund zahlreicher Anregungen, die in der „Umschau“, Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik (Frankfurt a. M.), erschienen, wurde folgendes Programm aufgestellt:

Das Deutsche Erfindungsinstitut bezweckt die Förderung deutscher technisch-schöpferischer Arbeit durch Auslese und Förderung erfindertisch begabter Persönlichkeiten, sowie durch Unterstützung brauchbarer Erfindungen durch Geldmittel, technische und Rechtsberatung, ferner durch die Weiterleitung der Erfindungen an Heer und Marine, Industrie und Gewerbe.

Dieses Ziel soll durch folgende Mittel angestrebt werden:

1. Einrichtung einer Vorprüfung der Erfindungen unter dem Gesichtspunkte des technischen Fortschrittes und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit.

2. Förderung brauchbarer Erfindungen durch Rechtsschutz, technische Durchbildung und Weiterleitung an Heer und Marine, Industrie und Gewerbe; Anregung und Bildung von Studiengesellschaften.

3. Sammlung und Sichtung von Erfindungsaufgaben und deren Förderung durch Bekanntgabe, Preisauschriften usw.

4. Förderung begabter Erfinder durch Stipendien, z. B. für Ausbildungszwecke und Studienreisen, sowie Vermittlung eines geeigneten Wirkungsgebietes.

5. Mitarbeit an der Ausbildung des gewerblichen Rechtsschutzes.

6. Eventl. Herausgabe eines Instituts-Organs mit Berichten über neue Aufgaben und Fortschritte der Technik.

Die neugegründete Gesellschaft will die Vorbereitungen zur Errichtung dieser Organisation treffen. Nähere Auskunft erteilen der Vorsitzende Geheimrat Prof. Dr. Sommer (Gießen), sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Schold (Frankfurt a. M.-Riedstadt), Prof. Dr. E. v. Kapf (Berlin), Victoria-Luis-Platz Nr. 8) und der Schriftführer Zivilingenieur Jacob-Siesmeyer (Frankfurt a. M., Barmstr. 4).

Lieferungsgenossenschaft der Wagenbauer im Handwerkskammerbezirk Wiesbaden

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Geschäftskol: Wiesbaden, Helenenstraße 5 — Fernsprecher Nr. 4704.

Table with columns: Besitz, Bilanz zum 31. Dezember 1917, Schulden. Rows include An Kassenstand, An Guthaben, An Geschäftsanteil, An Ausstände, An Warenbestand, and Per Geschäftsanteile d. Mitglied, Per gesetzliche Rücklage, Per Schulden bei Lieferanten, Per Guthaben der Mitglieder, Per Erbringung.

Mitglieder-, Geschäftsanteile- und Haftsummenbewegung.

Table with columns: Stand am 1. Jan. 1917, An 1917 neu hinzu, Stand am 31. Dez. 1917, Uebergang in 1918.

Lieferungsgenossenschaft der Wagenbauer im Handwerkskammerbezirk Wiesbaden

Die vorstehende Bilanz wurde heute von uns geprüft und richtig befunden. Wiesbaden, den 13. Januar 1918. C. Kleinmann, gerichtlich bestellter Revisor.

Glaser-Zwang-Jungung (Frankfurt a. M.)

Der am 25. Januar 1918 stattgefundenen Quartalsversammlung wurde Obermeister Karl v. d. Emden, auf drei Jahre wiedergewählt. Ebenso die ausscheidenden Mitglieder: Josef Meißner, Georg Winkler, Glasermeister Philipp Voelfler, Kollege Christian Rumpf, erstattete den Kassenbericht. Als Revisoren wurden wieder ernannt: Glasermeister Paul Specht, Glasermeister Max Hochendörffer.

Bücherschau.

Handbuch der Kriegsfürsorge im Deutschen Reich, herausgegeben von der Zentrale für private Fürsorge in Berlin. Von Dr. E. Friedberg und S. Bronsch. Berl. Franz Vahlen, Berlin W. 9, Linstr. 16. Das Handbuch wird für alle diejenigen ein wertvoller Führer sein, die sich in der Kriegsfürsorge zu betätigen haben.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Die Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Fußbeschlaggewerbes für das Jahr 1918 findet wie folgt, statt:

- am 23. März, 22. Juni, 28. September, 31. Dezember.

Meldungen zur Prüfung sind an den Herrn Regierungs- und Geheimen Veterinärat Peters in Wiesbaden, Weidenstr. Nr. 88, welcher der Vorsitzende der Kommission ist, zu richten. Der Meldung sind beizufügen:

- 1. der Geburtschein; 2. etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung; 3. eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über den Aufenthalt während der drei letzten Monate vor der Meldung; 4. eine Erklärung darüber, ob und bei wem er sich schon einmal erfolglos einer Fußschmiedprüfung unterzogen hat, und wie lange er nach diesem Zeitpunkt — was durch Zeugnisse nachzuweisen ist — berufsmäßig tätig gewesen ist; 5. die Prüfungsgebühr von 10 Mark nebst 5 Bg. Postbestellgeld.

Bei der Vorladung zum Prüfungstermin wird den Interessenten Zeit und Ort der Prüfung mitgeteilt werden.

Die Prüfungsordnung für Fußschmiede ist im Regierungs-Amtsblatt von 1904, Seite 496/98 und im Frankfurter Amtsblatt von 1904, Seite 443/44 abgedruckt.

Wiesbaden, den 4. Januar 1918.

Der Regierungspräsident: J. K. von Geyck.

Wird hiermit veröffentlicht!

Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Die Handwerkskammer: Der Vorsitzende: Carstens. Der Syndikus: Schröder.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Hermann Rauch in Wiesbaden.

Die Buchführung des Handwerkers

unter besond. Berücksichtigung der Werkstätte-Buchführung sowie des gesamt. Rechnungs- und Kalkulationswesens. Bearbeitet von rang. Aern, Fortbildungsschulinspektor in Wiesbaden.

Teil A: Erläuterung mit Lehrgang, 48 Seiten Oktav, mit Sachregister, gebd. 1 Mk., für die Hand des Lehrers sowohl wie zum Selbstunterricht. Teil B: Hebungsheft für Unterrichts-zwecke, 24 Seiten Folio, mit zahlreichen Muster-Berechnungen, zum Gebrauch in den Schulen und zum Selbstunterricht, 1.20 Mk.